



**DIE LINKE.**  
NIEDERSACHSEN

So stärken wir  
Handwerk + Mittelstand!

Ihr Diether Dehm

## Über Dr. Diether Dehm



**Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmerinnen und Unternehmer.**

Geboren **1950** in Frankfurt (Main), Wehrdienstverweigerer  
verheiratet, 2 Kinder, 1 Enkelin  
promovierter Diplomheilpädagoge

**1966-1998** SPD-Mitglied; u.a. Bundesvorsitzender der SPD-Unternehmer, SPD-MdB

**1998** Eintritt in die PDS, von 1999 bis 2003 stellvertretender Vorsitzender der PDS

**2004-2010** Landesvorsitzender DIE LINKE Niedersachsen; bis **2016** Schatzmeister der Partei der Europäischen Linkspartei  
seit **2005** Mittelstandspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Europapolitischer Sprecher und seit **2013** Sprecher für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, dort stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik  
seit **2010** Bundesvorsitzender der „Linken Unternehmerinnen und Unternehmer (BAG LiU)“

### **Liedertexter, Theater-, Romanautor und Komponist**

u. a. für Klaus Lage, Joe Cocker, Ute Lemper, Dieter Hallervorden, Roland Kaiser, bots, Heinz Rudolf Kunze, Christopher Cross, Anne Haigis tätig; bekannteste Werke: „1000 mal berührt“, „Faust auf Faust“, „Was wollen wir trinken 7 Tage“, „Das Weiche Wasser“, „Monopoli“; diverse wissenschaftliche Publikationen

**Mitgliedschaften:** u.a. VVN-BdA; ver.di

### **Ausschüsse/Gremien im Deutschen Bundestag:**

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Mitglied),  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (stellv. Mitglied), als MdB für  
DIE LINKE: Mitglied im Mittelstandsbeirat beim BMWi

### **Homepage und soziale Medien:** diether-dehm.de

<https://www.facebook.com/Diether-Dehm-51091986850/?ref=stream>

[https://twitter.com/Diether\\_Dehm](https://twitter.com/Diether_Dehm)

<https://www.youtube.com/user/DietherDehm>

[www.mehr-dehm-wagen.de](http://www.mehr-dehm-wagen.de)

#### KONTAKT

Bundestag  
Dr. Diether Dehm  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
diether.dehm@  
bundestag.de

Landesgruppenbüro  
Goseriede 8  
30159 Hannover  
Telefon:  
49 511 16580012  
Email: diether.dehm.  
wk@bundestag.de

#### Titelbild:

Dr. Sahra Wagenknecht,  
Vorsitzende der Fraktion  
DIE LINKE,  
im Deutschen Bundestag,  
mit Diether Dehm

## Statt Sonntagsreden an den Mittelstand: Echte Hilfe von links!

Wer kennt sie nicht: die gesalbten Sonntagsreden von FDP, CDU und CSU, die sich dabei überbieten, sich dem Mittelstand anzudienen. Sie tun so, als seien sie für die kleinen und mittleren Unternehmer<sup>1</sup>, für die Handwerksmeister, für die selbständigen Kreativen erste Adresse – aber bislang haben sie vorzugsweise für Konzerne, Machtbanken und Groß-Spekulanten Politik gemacht. Oder hat die FDP jemals in der Regierung ein einziges Prozent Mehrwertsteuer gesenkt? Trotz aller Versprechen? Und CDU und SPD haben die Mehrwertsteuer sogar auf 19 % erhöht: reines Gift für die Umsätze kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) – im Unterschied zu den Spitzensteuern für Superreiche und Großaktionäre!

Ein hartnäckiges Vorurteil lautet: LINKE haben etwas gegen Handwerksbetriebe und Selbständige. Das Gegenteil ist richtig: Wer mit einer neuen Idee wirklich etwas selbständig erfindet und unternimmt, hat DIE LINKE an seiner Seite! So wollen wir vermitteln zwischen den Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen, der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften. Weil öffentliche Zukunftsinvestitionen Vielen nützen: den Arbeitsplätzen, den Unternehmensgewinnen und den Löhnen. Und: Wussten Sie, dass das Steuerkonzept der LINKEN alle monatlichen Einkommen bis 7.100 Euro entlastet?!

<sup>1</sup> Um den Text nicht ungebührlich zu verlängern, sind in diese Schreibweise alle Geschlechter einbezogen.

## Soziale Sicherung auch für Selbständige!

Der größte Teil der Selbständigen unterliegt keiner Versicherungspflicht, sie müssen sich um Renten- (RV), Kranken- (KV) und Pflegeversicherung (PV) selbst kümmern. Über 75 % der Klein- und Mittelunternehmer sind Kleinstunternehmer. Bereits heute zeigt sich, dass Altersarmut unter Selbständigen weit verbreitet ist und immer mehr Unternehmern droht. Fast die Hälfte der Selbständigen verfügt im Alter lediglich über ein Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro, während es bei Arbeitern und Angestellten nur gut ein Drittel trifft. Also: Warum die Probleme nicht solidarisch meistern?!

Akuter noch ist die Lage in Kranken- und Pflegeversicherung. Dort explodieren die Beitragsschulden, der größte Teil dieser Schulden betrifft freiwillig Krankenversicherte, darunter zum großen Teil Selbständige.

Da in der Krankenversicherung grundsätzlich ein Einkommen auf Niveau der Bemessungsgrenze für den zu zahlenden Beitrag festgesetzt wird (4.350 Euro), welches mit dem tatsächlichen Einkommen vieler Selbständiger nichts zu tun hat, ist es nicht unüblich, dass die Betroffenen Beitragssätze von 30 Prozent und mehr ihres Einkommens zu zahlen haben. Abwegig!

### **DIE LINKE ist die einzige Partei mit einem sozialen Sicherungskonzept auch für kleine und mittelständische Unternehmer**

In unserem Konzept wollen wir in einem ersten Schritt alle Selbständigen, die bisher nicht obligatorisch in Alterssicherungssysteme integriert waren, in die **gesetzliche Rentenversicherung** einbeziehen. Die Beiträge werden nach dem tatsächlichen Einkommen gestaltet und Selbständige erhalten die Möglichkeit, die Beiträge an ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anzupassen. Zum einen werden Beitragserleichterungen in den ersten Jahren der versicherungspflichtigen Selbständigkeit entsprechend den Regelungen zur Pflichtversicherung im Handwerk ermöglicht (für die ersten drei Kalenderjahre nach Aufnahme der selbständigen Tätigkeit kann der halbe Regelbeitrag gezahlt werden). Zum anderen ist eine Minderung der Beitragslasten dann möglich, wenn es wirtschaftlich nicht gut läuft. Dazu erfolgt auf Antrag eine Reduzierung auf den Mindestbeitrag von 84,15 Euro (2017), sofern das Einkommen nach dem letzten Einkommensbescheid unter 17.850 Euro (2017) liegt.

Auch die fälligen Beiträge zur **Krankenversicherung** werden am tatsächlich erzielten Einkommen berechnet – das heißt langfristig sind die Mindestbemessungsgrenzen abzuschaffen, als Sofortmaßnahme wird die Mindestbemessungsgrenze auf die Geringfügigkeitsgrenze abgesenkt (450 Euro). Selbständige mit geringem Einkommen zahlen zudem bei vollen Leistungsansprüchen nur 50 % des Beitragssatzes. Mit steigendem Einkommen erhöht sich der Beitragssatz linear bis zur vollständigen Selbstzahlung der Beiträge. Ausgeglichen werden diese Mindereinnahmen durch einen Steuerzuschuss. Dieser wird refinanziert durch eine Sonderabgabe auf Honorare von Öffentlichem Dienst und Unternehmen, wenn sie als Auftraggeber in Erscheinung treten.

Auf Antrag wird Selbständigen auch der Zugang zur gesetzlichen **Arbeitslosenversicherung** eröffnet, deren Beiträge sich ebenfalls am tatsächlich erzielten Einkommen orientieren. Perspektivisch werden alle Selbständigen in die Zweige der Sozialversicherungssysteme (Rente, GV, PV, AV) einbezogen und der gleichberechtigte Zugang zu den Leistungen der jeweiligen Systeme eröffnet und schließlich auch die finanzielle Basis der Sozialversicherungen gestärkt.

## Der Staat soll Kleinunternehmen helfen, nicht abzocken!

Wer die „soziale Marktwirtschaft“ richtig versteht, weiß, dass der Staat auch gegen Konzerne und für kleine und mittlere Betriebe investieren kann. Öffentliche Aufträge gehören in den Mittelstand! Das gilt für die Finanzen genauso wie für den Straßenbau!

Denn nach 12 Jahren CDU geführten Regierungen sieht sich Deutschland laut DIW<sup>2</sup> mit einem **Investitionsstau** von knapp 100 Milliarden Euro im Bereich Infrastruktur konfrontiert. Da liegt es für DIE LINKE auf der Hand, deutlich steigende öffentliche Investitionen für saubere Energie, bessere Bildung und die Sanierung der Infrastruktur zu tätigen. Wenn unser **Investitionsprogramm** von 120 Milliarden Euro jährlich käme, würde es eine kolossale Antriebsmaschine für die kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem das Handwerk, sein. Denn das Handwerk (988.000 Betriebe) macht einen großen Teil der kleinen und mittleren Betriebe aus. Hier arbeiten 4,73 Millionen Menschen und fast 440.000 Lehrlinge. Damit sind 11,7 Prozent aller Erwerbstätigen und 29,3 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland im Handwerk tätig.

Und auch langfristig kann das Handwerk von unseren Konzepten profitieren: Wie von unserer **„Reparaturoffensive“**:

Konzerne werden gesetzlich gezwungen, bspw. Autos, Küchengeräte oder Unterhaltungselektronik endlich wieder reparaturfreundlich zu produzieren. Das Reparaturhandwerk würde bei uns durch ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent entlastet, erhaltene Sonderkonditionen für Start-Ups und Überbrückungskredite, ein Label „reparaturhandwerksfreundlich“ würde eingeführt. Das schafft Arbeitsplätze, spart seltene Erden und andere Rohstoffe sowie Energie, und schafft dem Handwerk wieder goldenen Boden.

<sup>2</sup> Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung

## Das Finanzamt soll den Kleinunternehmen endlich auch helfen!

Das Finanzamt darf nicht länger als Bedrohung gegen kleine Unternehmer auftreten. Die Schikane der kurzangemeldeten Betriebsdurchsuchungen wollen wir ersetzen durch echte Partnerschaft. Zum Beispiel: Wenn Kleinunternehmer ihre Quittungen und Belege – auch ungeordnet – beim **Finanzamt** einreichen, das Finanzamt selbständig die **Steuerklärung mit einem Widerrufsrecht** von acht Wochen erstellt, könnten

sich Handwerker viel besser auf ihr eigentliches Kerngeschäft konzentrieren. Mehr Zeit fürs Kerngeschäft, weniger Kohle für teure Steuerberater. Und Betriebsprüfer könnten sich endlich um Steuermillionen bei Konzernen kümmern!

Tatsache ist, dass die öffentliche Hand jedes Jahr durch **Steuerhinterziehung** rund 30 Milliarden Euro verliert. Hinzu kommen jährlich 130 Milliarden Euro durch legale internationale Steuerverrechnungsmodelle und **Briefkastenfirmen** (Beispiele: in Malta, „Panama Papers“, „LuxLeaks“). Hier gibt es was zu holen!

**Google, Starbucks** und **Apple** untergraben mit Unterstützung von Union und FDP eine nachhaltige Wirtschaft und eine solide Staatsfinanzierung. Statt also dem Klein- und Mittelständler auf die Pelle zu rücken, werden wir uns massiv **gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung** der großen Akteure einsetzen.

Denn für uns gilt das Prinzip der **Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** auf allen Ebenen! Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben klar beenden und umkehren, um die soziale und ökonomische Ungleichheit tatsächlich abzubauen. Dazu fordern wir als wichtigen Baustein eine sozial und ökonomisch gerechte Reform der Einkommensteuer. Wer danach weniger als 7.100 Euro pro Monat zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr versteuern muss, wird belastet.

Zudem wollen wir das Steuersystem vereinfachen und so auch viele Mittelständler von unsinniger **Bürokratie** und **Kosten** befreien. Im Gegenzug würden viele Sonderregeln abgeschafft und wir schlagen eine Steuerprogression in Stufen vor, um hierüber dann auch den so genannten „**Mittelstandsbauch**“ abzubauen. Bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von etwa 86.000 Euro würden dann generell die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler deutlich entlastet.

Ergänzt wird diese Schwerpunktsetzung durch u. a. die gezielte Verbesserung der steuerlichen **Abschreibungsbedingungen** für **Investitionen**, beispielsweise durch den Ausbau der Möglichkeiten zur Bildung von Rücklagen für die notwendigen Ausgaben für zukünftige Aufgaben, die sich etwa im Rahmen der zunehmenden **digitalen Vernetzung** für KMU ergeben. Die Obergrenze für die **Sofortabschreibung** von geringwertigen Wirtschaftsgütern wollen wir auf 1.000 Euro **anheben**, um die Abschaffung der bürokratisch aufwendigen Sammelabschreibung zu ermöglichen.

Gegenfinanziert wird das auf der anderen Seite durch deutlich höhere Steuern für **Kapitalgesellschaften**, **private Vermögen** und **große Erbschaften**. Bei unserer **Vermögenssteuer** bleibt die erste Million des privaten Nettovermögens steuerfrei. Für **betriebsnotwendiges Sachvermögen** von Einzel- und Personenunternehmen gilt ein erhöhter Freibetrag von **fünf Millionen** Euro, der **steuerfrei** bleibt. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privatvermögen erhoben.

Die Unternehmenssteuern wurden seit Jahrzehnten gesenkt. Die **Körperschaftsteuer** wollen wir auf 25 Prozent erhöhen, die Bemessungsgrundlage soll auf breiter Basis europaweit vereinheitlicht werden und zugleich ein Mindeststeuersatz gelten. Die **Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen** wollen wir zurücknehmen und den Betriebsausgabenabzug von Managervergütungen auf maximal 500.000 Euro pro Jahr begrenzen. Und wir wollen die **Abgeltungsteuer** abschaffen und Einkünfte aus privaten Kapitalvermögen gemäß dem revidierten persönlichen Einkommensteuersatz besteuern.

Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen wir die Einnahmen aus der **Erbschaftsteuer** deutlich erhöhen. Dabei gilt beispielsweise ein persönlicher Freibetrag in Höhe von 200.000 Euro. Kleine und mittlere Immobilien und selbstgenutztes Wohneigentum bleiben davon verschont. Um KMU nicht zu gefährden, befürworten wir bei der Erbschaftsteuer großzügige Stundungsregelungen, damit sichergestellt wird, dass die Erträge der Unternehmen in Deutschland besteuert werden und nicht deren Substanz gefährdet ist.

## Zum Schluss: über bessere Kreditvergabe, Fachkräftemangel und Sparkassen

Auch ist uns völlig klar, dass der Klein- und Mittelständler gegenwärtig erst dann einen **Kredit** von seiner Bank erhält, wenn er lückenlos nachweisen kann, dass er ihn eigentlich gar nicht benötigt. Daher wollen wir Sparkassen und Genossenschaftsbanken stärken, weil diese über die Lage und Bedürfnisse von KMU in ihrer Gegend besser Bescheid wissen, als es anonyme Ratingagenturen in Chicago tun. Wir fordern einen neuen gesetzlichen Auftrag für **Sparkassen und öffentliche Banken**: Umfassende **Kreditversorgung** der regionalen Wirtschaft und verlässliche **Investitionsförderung**. Dazu gehört dann auch, dass Selbständigen und Freiberuflern, die Liquiditätsschwierigkeiten wegen nicht bezahlter Rechnungen haben, kurzfristig und zinsgünstig Kredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau eingeräumt werden.

Für die rund vier Millionen mittelständischen Firmen in Deutschland (mit 1 – 499 Mitarbeitern) planen wir weitere wirksame Schutzmechanismen: So wollen wir **IHK<sup>3</sup>-Beiträge** bis zu einem Gewerbeertrag von 30.000 Euro aussetzen. Aber auch sonst liegt bei den Kammern einiges im Argen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn Kammern im Bereich Lehrgänge und Gutachten sogar in Konkurrenz zu eigenen Mitgliedern auftreten (mit teilweise nicht kostendeckenden Preisen!) oder Ausbildungsbetriebe teilweise ungerechtfertigt hohe Registrierungs- und Prüf-

gebühren zu zahlen haben, läuft deutlich etwas schief.

Der **Meistertitel** ist eine gute Sache und genießt in Deutschland einen hervorragenden Ruf, aber wenn er zum dogmatischen Zwang wird, läuft etwas aus dem Ruder.

Auf der anderen Seite sehen wir verschärfte Vorschriften für die Auftragsvergabe von Großunternehmen, ein schärferes **Wettbewerbs- und Kartellrecht** gegen Strom- und Gaskonzerne und ein durchsetzungsfähigeres **Forderungssicherungsgesetz**.

Für freiberufliche Architekten und Ingenieure wollen wir eine **qualitätsorientierte Honorarordnung** erarbeiten, statt den reinen **Preiswettbewerb** laufen zu lassen. Ein weiterer Ansatz, den wir gegenwärtig debattieren, liegt in der Einführung eines **gesetzlichen Mindesthonorars**, um Preisdumping und Prekarisierung wirksam bekämpfen zu können.

Der **Fachkräftemangel** ist kein einheitliches Problem, sondern branchenspezifisch – vereinfacht gesagt: wo Arbeitsbedingungen, Standort und Bezahlung stimmen, wird das Problem mit dem qualifizierten und motivierten Personal kleiner. Auch hier wollen wir, dass Unternehmen, Staat und Gewerkschaften an einem Strick ziehen.

Ähnlicher Befund bei der **Ausbildung**: Konzerne und Finanzierer ziehen sich kontinuierlich aus der Ausbildung neuer Fachkräfte zurück, nur jeder fünfte Betrieb bildet noch aus. Trotzdem können immer mehr Betriebe ihre **Ausbildungsplätze** nicht besetzen. Dieser widersprüchliche Umstand hat nichts mit „Passungsproblemen“ (wie die Bundesregierung behauptet) zu tun, sondern damit, dass insbesondere die Berufszweige (Lebensmittelhandwerk, Gastronomie, Reinigungsgewerbe) von Besetzungsproblemen und hohen Abbrecherquoten betroffen sind, die u. a. eine geringe **Ausbildungsqualität** vorzuweisen haben (Nacht-Arbeitszeiten, horrende Überstunden, Nichteinhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und fachlich ungenügende Anleitung). Auch die regelmäßige Erledigung ausbildungsfremder Tätigkeiten, die **Qualität der Berufsschule** sowie oft eine geringe **Ausbildungsvergütung** tragen zu einer negativen Bewertung der Ausbildungsqualität bei. Auszubildendenmangel ist hier also vor allem ein hausgemachtes Problem. Um ausreichend Ausbildungsplätze zu schaffen, darf sich kein Unternehmen aus der Verantwortung stellen. Es muss eine solidarische Umlagefinanzierung geschaffen werden, die auch die Konzerne für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt. Dazu gehört in der heutigen Zeit auch eine lebenslange Chance auf **Weiterbildung** mit den Innovationswellen.

Zwecks langfristiger Sicherung der Fachkräftebasis für KMU steht aus unserer Sicht eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes, die Stärkung des Meister-BAföG, schnelle und gezielte Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für Umschulungen an.